

Die Retortendemokratie

Frankreichs zukünftiger Politikstil

von unserem Korrespondenten W. K., Frankreich

Wenn man die politische Entwicklung Frankreichs in den letzten Monaten miterlebt, hält man den Atem an. Die Veränderungen seit einem Jahr sind so bedeutend, so rasant, dass man in der näheren Vergangenheit keine Analogien für einen ähnlichen Wandel findet und nur zurückhaltend Voraussagen für die weitere Entwicklung treffen mag.

Frankreichs fünfte Republik wurde von bedeutenden Politikern als Präsidenten geführt: An erster Stelle natürlich General de Gaulle, Bewahrer eines unabhängigen Frankreichs nach dem zweiten Weltkrieg und Kondensationspunkt der französischen Konservativen, etabliert als „gaullistische“ Partei, die seitdem den Namen mehrfach gewechselt hat und heute als „Les Republicains“ firmiert. Als der General Präsident wurde, hatte er lange Jahre als Politiker hinter sich. Viele politische Strömungen entstammen dem konservativen Lager. Die mutige eigenständige Politik des Generals zu seiner Zeit, die europäisch geprägte eines Giscard d'Estaing, die pragmatische Politik Jacques Chiracs und auch der schon populistische Stil eines Nicolas Sarkozy – kontinuierlich entwickelt in einer politischen Diskussion des Landes im Wettstreit mit anderen politischen Parteien.

110 Jahre alt ist die Sozialistische Partei Frankreichs, deren Wurzeln auf Jean Jaurès zurückreichen. Sie versteht sich auch heute noch als Teil der internationalen sozialistischen Bewegung und hat die Politik des Landes mitgeprägt. Die kommunistische Partei blickt auf eine ähnlich lange Vergangenheit zurück. Seit Jahrzehnten gibt es einen mehrästigen linken Block (divers gauche), dessen aktuell größter Ableger die „Unbeugsamen Franzosen“ (France insoumise) des Jean-Luc Mélenchon mehr als doppelt so viele Stimmen bekam wie die am Boden liegende Sozialistische (Volks-!)Partei.

Frankreich war und ist ein Land mit politischer Streitkultur, die man weit intensiver empfindet als in Deutschland und die immerhin für eine Revolution (1789 plus Folgejahre) reichte oder auch für den Aufstand 1968. Auch in den Medien gibt es heute noch kritische Fragen an Regierende. Die politische Struktur des Landes besitzt als Rückgrat einen Beamtenapparat, gespeist an seiner Spitze von den Absolventen der ENA, der Ecole Nationale d'Administration, einer Hochschule, für die man in Deutschland nichts Vergleichbares findet.

Viele Französische Politiker legen Wert auf ihre Wurzeln in der Provinz. Bis heute ist es Sitte, neben seinem Posten in Paris auch noch das (zeitweise ruhende) Bürgermeisteramt in Lille (Martine Aubry), Bordeaux (Alain Juppé), oder auch Tulle (François Hollande) zu haben, als Rückzugsbastion aus der man auch nach Niederlagen wieder angreifen kann. Dieses Stück Kultur wird gerade eliminiert: Die Kumulation mehrerer Ämter soll nicht mehr zulässig sein.

Alle diese Eigenschaften sind Garantie einer lebhaften Politik. Bis heute hätte man sich eine „Gleichschaltung“ des politischen Frankreich nicht vorstellen können. Doch genau dies passiert gerade. Wie konnte es dazu kommen?

Beschäftigen wir uns zunächst mit allen anderen Akteuren im politischen Frankreich ehe wird auf Emmanuel Macron und seine „Bewegung“ „En marche“ als Kern dieser Gleichschaltung zu sprechen kommen.

Da sind zunächst die Sozialisten. Bei einer „Urwahl“ des sozialistischen Kandidaten für die vorletzte Präsidentschaftswahl unterlag die durchaus schlagkräftige Martine Aubry (übrigens Tochter des früheren Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors) einem eher unerwarteten François Hollande (der war bis dahin eher bekannt als Ex-Gatte von Ségolène Royale). Die Stimmabgabe bei dieser Vorwahl steht übrigens jedem Bürger offen, der 2 Euro „Eintritt“ zum Vorwahlbüro zahlt. Niemand muss nachweisen, dass er Mitglied der Partei ist. Nur der angestaute Volkszorn auf seinen Amtsvorgänger Nicolas Sarkozy ermöglichte Hollande die Wahl zum Präsidenten. Die direkt im Nachlauf gewählte Nationalversammlung verschaffte ihm sogar eine solide Parlamentsmehrheit. Seine Amtszeit gilt heute als Tiefpunkt französischer Politik und seine gefühlte Kernkompetenz war das Halten bewegter Traueransprachen nach den – zahlreichen – Attentaten.

Ergebnis seiner Politik sind der klare französische Beitritt zum „Krieg gegen Terror“, insbesondere in Syrien, sowie die parallel anwachsende Flut von Attentaten in Frankreich, die einen inzwischen „ewigen“ Ausnahmezustand über das Land gebracht haben. Dessen Verlängerung war übrigens eine der ersten Amtshandlungen des Präsidenten Macron!

Gegen ein Drittel der sozialistischen Abgeordneten (die man dann Frondeurs, „die Aufsässigen“, nannte) ließ Hollande seinen Premierminister Valls und seit Mitte 2014 seinen Wirtschaftsminister Macron Maßnahmen zugunsten der Wirtschaft verordnen: Ein 50 Milliarden Steuergeschenk ohne Gegenleistung in 2012 und ein „Arbeitsreformgesetz“ 2016. Letzteres ging nur noch mittels des Verordnungsparagrafen 49.3 der französischen Verfassung, damit muss das Parlament einem Gesetz nicht zustimmen, das der Premierminister einbringt, denn eine Mehrheit hätte sich in der (regierenden!) Sozialistischen Partei nicht mehr gefunden. Das Ergebnis am Ende der Legislaturperiode war ein Frondeur (Benoît Hamon) als Sieger der sozialistischen Vorwahl zur Präsidentschaftswahl 2017 (der Emmanuel Macron übrigens fernblieb) und dessen krachende 5,3% Niederlage bei der Präsidentschaftswahl. Damit ist die Sozialistische Partei auf Jahre tot und ihr 9,5% Ergebnis bei den Parlamentswahlen am vergangenen Sonntag setzt den Haken an diesen Niedergang. Debakel Nummer 1.

Auf der politischen Linken bewegen sich in Frankreich zahlreiche Akteure. Der derzeit erfolgreichste ist Jean-Luc Mélenchon, der – nachdem er alle Fernsehduelle im Vorfeld der Präsidentschaftswahl als Bester absolvierte – ein beachtliches 19,6%-Ergebnis im ersten Wahlgang erreichte und wohl auch eine kleine Fraktion im Parlament etablieren kann. Die anderen linken Player, insbesondere die kommunistische Partei konnten sich nicht auf gemeinsame Kandidaten einigen.

Auf der konservativen Seite der Republicains „vergeigte“ deren Spitzenkandidat François Fillon die Wahl. Dabei war dieser Vorgang für viele Beobachter befremdlich. Da beschäftigt ein Abgeordneter Frau und Kinder fiktiv und gegen viel Geld als seine Assistenten. Nicht gut. Entscheidend war aber, dass diese Tatsache zum absolut ungünstigsten Zeitpunkt publiziert wurde und anschließend auch weitere Details zeitgerecht nachgeliefert wurden. Da sollte offensichtlich größtmöglicher politischer Schaden angerichtet werden. Zumal trat der Kandidat nicht sofort zurück, sondern blockierte jeden Versuch, die Republikaner durch einen neuen Kandidaten zumindest halbwegs im Rennen zu halten. Das Ergebnis waren 20% im

ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl. Zwischenzeitlich war Fillon in den Umfragen sogar unter 20%. Sein Ersatz, François Baroin, erreichte auch nur 21% bei den Parlamentswahlen. Das mag am Ende für 70 von 550 Abgeordneten reichen. Debakel Nummer zwei.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen wurde Marine Le Pen und ihr Front National hoch gehandelt. Während der Flüchtlingswelle 2015 hatte der FN und seine Kandidatin enormen Rückenwind. Ein eigener aktiver Wahlkampf schien gar nicht notwendig, zumal die Regierung Hollande sich währenddessen selbst zerlegte. Nur reichte es diesmal nicht aus, von den Fehlern der anderen zu profitieren und zu schweigen. Der Rückenwind mit abnehmendem Interesse am Flüchtlingsthema ließ nach. Der – von Papa Le Pen öffentlich kritisierte – passive Wahlkampf reichte für Marine Le Pen mit (nur!) 21% für den zweiten Wahlgang, indem sie mit 34% unterlag. Bei den Parlamentswahlen wird der FN keine Abgeordneten stellen können. Debakel Nummer drei.

Nur einer kam und siegte immer wieder: **Emmanuel Macron**.

Ein „neuer“, jugendlicher Politiker, der unbelastet – weil nie zu irgendetwas gewählt – in den Wahlkampf ging. Zeitig, ein Jahr vor der Wahl, ließ er seinen Ministerposten und seine Kollegen Hollande und Valls am Boden liegen, wusch seine Hände in Unschuld und ernannte sich zum strahlenden (und immer strahlend lächelnden!) Kandidaten. Er erklärte er sei „weder links noch rechts“, nahm an keiner Vorwahl teil und wurde von den Medien von Anfang an als Siegertyp und dann als Sieger hochgefeiert. Mit Erfolg. Mit 24% zog er in die zweite Runde der Präsidentschaftswahl ein (nur 24%!), mit 66% siegte er gegen die böse, böse Marine Le Pen im zweiten Urngang (NUR 66%, da hatte ein Chirac gegen ihren Vater in 2002 noch 82% hingelegt!).

Unisono wurde Macrons Kampagne von der nationalen Presse und Medienlandschaft unterstützt. Es gab kein sichtbares Wahlprogramm und bis zwei Monate vor der Präsidentschaftswahl auch keine Partei. Erst im März konstruierte man aus der Bewegung „En marche“ die Partei „La République en marche“, die der Kandidat nun für die folgende Wahl zur Nationalversammlung brauchte. Dort finden sich einige Überläufer der Sozialisten wieder – Ex-Premier Valls wurde aber zurückgewiesen, die Wahllisten wurden mit Macron-Klonen gefüllt (die meisten Angestellte und Manager aus der Wirtschaft – 30% waren nie politisch tätig), aber man ließ 100 Listenplätze frei „für Überläufer der republikanischen Rechten“. Und die kamen auch, als klar wurde, dass „République en marche“ die besten Chancen hatte, zum Sieg gepusht zu werden und manch einer sein politisches Auskommen sah (zumal es ja kein Backup in der Provinz mehr geben soll!).

Ein von der Wirtschaft gecasteter Kandidat (siehe dazu auch meinen Beitrag „[Wer ist Emmanuel Macron?](#)“) wird nach Bewährung als „sozialistischer“ Wirtschaftsminister nun als Vertreter der Wirtschaft mit viel Geld aus unsichtbaren Quellen und satter Mediengleichschaltung zum Präsidenten befördert, nachdem alle möglichen Konkurrenten ausgeschaltet sind. Eine eigens gegründete Partei aus größtenteils Unbekannten und ein paar Überläufern aus der politischen Klasse wird – so sieht es aus – 450 der 550 Parlamentssitze gewinnen. Dabei hilft massiv das französische Mehrheitswahlrecht: Mit gut 30% in einem Wahlkreis gewinnt man einen Parlamentssitz; die niedrige Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang verstärkt diesen Effekt. So muss Macron seine kurz nach seiner Wahl ausgesprochene Drohung, Frankreich per Dekret (§49.3) zu regieren, nicht einmal wahr machen.

Welche Maßnahmen sind nun zu erwarten? **Reformen.**

Mehr hat Macron nicht versprochen. Versprochen hat er keine linke Politik und keine rechte Politik sondern eine – sagen wir mal – alternativlose Politik. Die wird er denen, die ihn gecastet haben, auch liefern. Bestens unterstützt von den Medien und nach möglichst vollständiger Schwächung der verbliebenen Gegner einer solchen Politik, insbesondere der Gewerkschaft CGT. Für deren Vorsitzenden, Philippe Martinez, einen mutigen Mann, wird es demnächst ähnlich unangenehm wie für seinen deutschen Kollegen Claus Weselsky während des Lokführerstreiks.

Bis heute gibt es keine kritische Diskussion der Politik Macrons und es soll sie auch nicht geben. Die Demokratie, die parlamentarische, politische Diskussionskultur ist fast erloschen. Ein neuartiger Apparat, geführt von einem einzelnen Mann, der keine großen Reden hält sondern sich auf staatsmännische Gesten beschränkt, wird diesen leisen politischen Prozess orchestrieren. Zumindest wird er am Dirigentenpult stehen. Die Musik haben andere komponiert. Erste Maßnahmen zeigen wie man diese Methode abzusichern gedenkt: Seit Amtsantritt von Macron wählt der Elysee-Palast die Journalisten aus, die den Präsidenten sprechen oder ihn begleiten. Ein leichtes Aufmucken der Presse dagegen ist längst verstummt.

Da wird innerhalb sehr kurzer Zeit ein Mann ohne politische Vergangenheit, ohne eine etablierte Partei im Rücken in das höchste Staatsamt katapultiert. Die Finanzierung seines Wahlkampfes (er ist ja kein Trump, hat nur ein paar Millionen als Ex-Investmentsbanker verdient, und eine volle Parteikasse gab es auch nicht!) wird in der Öffentlichkeit nicht diskutiert: im Gegensatz zu einigen Hunderttausend Euro, die Herr Fillon seiner Familie (oder - wahrscheinlicher - sich selbst) zukommen ließ. Auch wo die Logistik für den Aufbau der neuen Partei in wenigen Wochen hergekommen sein mag, bleibt im Dunkeln. Es wird schon Geldgeber geben.

Mit einer Anlaufzeit von nur einem Jahr hat Frankreich einen Klon als Präsidenten bekommen. Und bekommt am kommenden Sonntag eine satte Abgeordnetenmehrheit von Macron-Klonen.

Vor wenigen Monaten hätten kritische politische Beobachter noch erwartet, dass, wenn diese Politik gespielt wird, in Frankreichs Straßen wilde Demonstranten brennende Fackeln schwenken. Die Professionalität der Inszenierung der neuen politischen Bühne ist so beeindruckend, dass nicht sicher ist, dass das Volk sich wehrt, wenn die Umsetzung der Politik beginnt.

Die französische Presse freut sich in diesen Tagen sogar über die Äußerungen einer Frau Merkel, die Herrn Macron alles Gute beim Reformieren wünscht. Sogar dazu gibt es keine kritischen Stimmen mehr, nicht einmal vom Front National.

Diese Entwicklung der politischen Gegebenheiten – gerade in einem Land wie Frankreich – ist beklemmend. Es ist kaum zu glauben, wie schnell eine politische, lebendige Kultur erstickt werden kann. Und das ohne einen Diktator à la Erdogan oder einen Paradiesvogel wie Trump. Das könnte eine Blaupause für andere Länder werden.